

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG  
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

# Wochenbericht

23. Jahrgang

Berlin, den 27. Januar 1956

Nummer 4

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

## Die Bedeutung des Betriebsgrößenproblems für die Entwicklung der westdeutschen Landwirtschaft

### Produktivität und Ertragsgestaltung

Der westdeutschen Landwirtschaft ist es trotz aller Anstrengungen nicht möglich gewesen, mit der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung im Bundesgebiet Schritt zu halten. Obgleich die Nahrungsmittelproduktion und die Verkaufserlöse mengen- und wertmäßig ihre steigende Tendenz beibehalten haben, sind im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft die Leistungen der Landwirtschaft nicht im gleichen Maße gestiegen wie die der anderen Wirtschaftszweige, insbesondere die der Industrie. Der Anteil der Wertschöpfung aus der Landwirtschaft am Nettosozialprodukt, der seit der Währungsreform bis 1951/52 ständig gestiegen war, ist seitdem laufend zurückgegangen und hat 1954/55 mit 9,6 vH einen Tiefstwert erreicht. Demgegenüber ist der Anteil der Industrie (ohne Bau) laufend gestiegen, so daß der Anteil beider Wirtschaftszweige mit rd. 55 vH in den letzten fünf Jahren sich kaum verändert hat.

Anteil der Wertschöpfung aus Landwirtschaft und Industrie am Sozialprodukt

Wirtschaftsjahre	Nettosozialprodukt*)	darunter aus		Landwirtschaft	Industrie (ohne Bau)
		Landwirtschaft	Industrie (ohne Bau)		
		Mrd. DM		in vH des Nettosozialprodukts	
1948/49	59,8	6,3	22,4	10,5	37,5
1949/50	65,3	7,2	25,3	11,0	38,7
1950/51	81,6	9,1	35,7	11,1	43,7
1951/52	94,3	10,8	41,5	11,5	44,0
1952/53	100,0	10,2	44,7	10,2	44,7
1953/54	107,5	10,9	47,9	10,1	44,6
1954/55	118,4	11,4	53,7	9,6	45,4

\*) Ohne indirekte Steuern.

Diese die Stellung der Landwirtschaft innerhalb der Volkswirtschaft charakterisierenden Zahlen lassen jedoch noch keine Schlußfolgerungen auf ihre wirtschaftliche Lage (Produktivitäts- und Einkommensentwicklung) zu. Bezieht man, wie es bereits an früherer Stelle<sup>1)</sup> geschehen ist, die Wertschöpfung auf die Zahl der Beschäftigten, so ergeben sich — als „Produktivität“ — für das

<sup>1)</sup> Vgl. Wochenbericht des DIW, 21. Jg., Nr. 5, v. 29. 1. 1954.

letzte Wirtschaftsjahr in der Landwirtschaft 3 060 DM je Beschäftigten gegenüber 8 170 DM je Beschäftigten in der Industrie, wobei die Zahl der in der Landwirtschaft mithelfenden Familienangehörigen — da es sich hier oft nicht um volle Arbeitskräfte handelt — im Verhältnis 4 : 3 reduziert wurde. Allerdings sind die Ergebnisse insoweit miteinander nicht ganz vergleichbar, als die für die Landwirtschaft errechnete Zahl naturale Wertschöpfungsbestandteile zu Erzeugerpreisen mit umfaßt, die eigentlich erst auf Einzelhandelspreise umgerechnet werden müßten. Trotzdem ist der Schluß berechtigt, daß — trotz der Abnahme der in der Landwirtschaft Tätigen — die Produktivität der Landwirtschaft nach wie vor weit hinter der der Industrie zurückbleibt.

Auch die Berechnungen des Bundesernährungsministeriums weisen eine Verschlechterung der Überschüsse aus. Der von amtlicher Seite laufend errechnete Differenzbetrag zwischen den Verkaufserlösen und den Betriebsausgaben lag im letzten Wirtschaftsjahr 1954/55 mit 2,8 Mrd. DM um 19 vH niedriger als 1953/54, und um 13 vH niedriger als im Durchschnitt der letzten drei Wirtschaftsjahre. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß im letzten Wirtschaftsjahre die Ausgaben für Maschinen und Neubauten — also Investitionen — größer waren, als in den Vorjahren. Schaltet man diese Mehraufwendungen aus, so liegt der Differenzbetrag immer noch um fast 10 vH niedriger als im Vorjahre. Auf der einen Seite sieht sich die Landwirtschaft hohen Belastungen ausgesetzt, innerhalb deren der Lohnaufwand — er lag um rd. 6 vH über dem Vorjahr — eine nicht unerhebliche Rolle spielt, auf der anderen Seite waren den Preiserhöhungen für die landwirtschaftlichen Produkte aus volkswirtschaftlichen Belangen Grenzen gesetzt. Dies hat dazu geführt, daß die Forderung der Landwirtschaft nach Unterstützung anerkannt und ihr von offizieller Seite Hilfe zugebilligt worden ist. Die im Landwirtschaftsgesetz vom September vorigen Jahres vorgesehenen Maßnahmen werden allerdings erst allmählich, frühestens im Wirt-

schaftsjahr 1956/57 zur vollen Auswirkung gelangen können. Sie bezwecken im wesentlichen eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität mit den Mitteln der allgemeinen Wirtschafts- und Agrarpolitik. Ob und in welchem Ausmaße der Landwirtschaft zu helfen ist, soll nach einem jährlich zu erstellenden Bericht über Ertrag und Aufwand der landwirtschaftlichen Betriebe entschieden werden. Mit besonderen Sofortmaßnahmen, die in diesem Zusammenhang im einzelnen nicht erörtert werden sollen, will die Bundesregierung jedoch versuchen, schon vor dem Wirksamwerden des Landwirtschaftsgesetzes eine Besserung der wirtschaftlichen Lage der westdeutschen Landwirtschaft herbeizuführen. So ist vorerst einmal eine Heraufsetzung des Trinkmilchpreises um 3 Dpfg. je Liter beabsichtigt bei gleichzeitiger Senkung der Umsatz- und Zuckersteuer, eine Maßnahme, für die eine entsprechende Gesetzesvorlage bereits eingebracht worden ist.

### Das Betriebsgrößenproblem

Alle durch das Landwirtschaftsgesetz und das Sofortprogramm in Aussicht genommenen Maßnahmen werden allerdings nicht für sämtliche landwirtschaftlichen Betriebe von Vorteil sein. Sie werden vielmehr in erster Linie jenen Betrieben zugute kommen, die bei genügender Größe den Einsatz moderner Feldbearbeitungsmaschinen und Geräte gestatten und die einen genügenden Anteil am Markt haben. Sie sind bereits heute weitgehend rationalisiert und ihren Leistungen sind in erster Linie die eindrucksvollen Produktionserfolge der letzten Jahre zu verdanken. So wird beispielsweise den Kleinbetrieben, deren Milchablieferung gering ist, mit der Milchpreiserhöhung nur wenig geholfen sein; ebensowenig Vorteile haben sie von einer Verbilligung des Dieselmotorkraftstoffes, da der Schleppereinsatz in diesen Betrieben nur von untergeordneter Bedeutung ist.

Durch den hohen Anteil der Betriebe, die sich wegen ihrer geringen Betriebsgröße und Wirtschaftskraft an der Rationalisierung nicht oder nur unzureichend beteiligen können, ist die westdeutsche Landwirtschaft mit einer schweren Hypothek belastet. Nimmt man an, daß im allgemeinen ein rentables und produktives Wirtschaften erst in Betrieben von 10 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche an möglich ist, so liegen rd. 80 vH aller Betriebe, die rd. 40 vH der landwirtschaftlichen Fläche bewirtschaften, unter dieser Grenze. Ein Teil dieser Klein- und Kleinstbetriebe ist, soweit keine Spezialkulturen betrieben werden, nur lebensfähig, weil ihre Inhaber die Möglichkeit eines Nebenerwerbs haben. Allein 18 vH der landwirtschaftlichen Nutzfläche entfallen auf die Größenklasse bis 5 Hektar. Die geringe Möglichkeit des Maschineneinsatzes in diesen Betrieben erfordert eine Überbesetzung mit menschlicher Arbeitskraft, die in der übrigen Volkswirtschaft besser genutzt werden könnte, ganz abgesehen davon, daß die menschliche Arbeitskraft als größter Kostenfaktor diese Betriebe über Gebühr belastet.

Den 1,2 Millionen Kleinstbetrieben, denen noch rd. 200 000 größere Betriebe hinzugerechnet werden müssen, die aus den verschiedensten Gründen

ebenfalls nicht lebensfähig sind, stehen nur 383 000 Betriebe über 10 Hektar gegenüber, für die eine zufriedenstellende Produktivität als möglich anzusehen ist. Ein großer Teil der Betriebe Westdeutschlands, vor allem in den Realteilungsgebieten, leidet zudem unter einer übermäßigen Flurzersplitterung, die alle Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung stark erschwert.

Die eigentliche Problematik hinsichtlich der prekären Lage der westdeutschen Landwirtschaft ergibt sich demnach aus der ungünstigen Verteilung der Betriebsgrößenklassen, die einer grundlegenden Änderung bedarf. Die Umgestaltung dieser im Laufe vieler Generationen gewachsenen Agrarstruktur Westdeutschlands ist kein rein wirtschaftliches, sondern auch ein sozialpolitisches Problem. Ein großer Teil der unproduktiven Betriebe muß zu größeren Einheiten zusammengefaßt werden. Selbstverständlich ist das ein Ziel, das nur allmählich im Verlauf von vielen Jahren erreicht werden kann und das außer dem Einsatz von erheblichen Finanzmitteln auch der Einsicht und des guten Willens der unmittelbar Betroffenen bedarf. Zur Verwirklichung dieses Zieles dienen die Aufstockung und die Flurbereinigung, beides Punkte eines konstruktiven Agrarprogramms sowohl im Hinblick auf die innerwirtschaftliche Leistungsfähigkeit der westdeutschen Landwirtschaft wie auf ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit.

### Das Aufstockungs-Programm

Die Aufgabe der Aufstockung ist es, freierwerdendes Land aufzufangen und zur Verbesserung der Agrarstruktur heranzuziehen. Bisher nicht lebensfähige Kleinbetriebe sollen durch Aufstockung mindestens die Größe einer Ackeranbau<sup>2)</sup> erhalten. Der gesamte Landbedarf für die Aufstockung, der in den einzelnen Gebieten stark schwankt, wird mit rd. 1 Mill. Hektar angegeben. Bevorzugt bei der Landzuteilung werden hauptberufliche, als tüchtig erkannte Landwirte, deren vergrößerte Kleinbetriebe dann den Einsatz moderner Maschinen gestatten und eine möglichst produktive und rentable Bewirtschaftung gewährleisten werden. Die Abgabe der benötigten Ländereien soll ausschließlich auf freiwilliger Basis ohne jede Zwangsmaßnahme erfolgen. Man ist lediglich bemüht, durch geeignete Maßnahmen die Besitzer solcher Nebenerwerbsbetriebe zur Aufgabe ihres Landes zu bewegen, die infolge anderweitiger verbesserter Verdienstmöglichkeiten ihre Flächen nicht mehr intensiv bewirtschaften. Durch zweckmäßige Handhabung des öffentlichen Vorkaufsrechts in Verbindung mit der Bereitstellung öffentlicher Mittel wird angestrebt, das freigewordene Land tatsächlich Kleinbetrieben zuzuführen und eine Vergrößerung bereits rentabler mittel- und großbäuerlicher Wirtschaften zu vermeiden. Die Möglichkeit, Hof und Wirtschaftsgebäude dem durch die Aufstockung vergrößerten Areal anzupassen, ist jedoch vielfach kaum gegeben, da die enge Gebäudelage in einzelnen Dörfern Südwestdeutschlands Um- und Ausbauten nicht gestattet. Um solchen Schwierigkeiten zu begegnen, sind mit

<sup>2)</sup> Die Mindestgröße einer Ackeranbau wird je nach Bodenart und Klimaverhältnissen auf 10 — 20 Hektar beziffert.

der Aufstockung Aktionen verbunden, die die Aussiedlung und Auflockerung ganzer Dörfer bezwecken und so eine Modernisierung der neugeschaffenen Betriebe ermöglichen. Das Programm zur Schaffung rationaler Betriebsgrößen kann naturgemäß nur langsam verwirklicht werden. Die heutigen älteren Besitzer werden nur in Ausnahmefällen zur Aufgabe ihrer Wirtschaft bereit sein. Es ist jedoch eine Tatsache, daß die kommende Generation es häufig ablehnt, die kleine väterliche Wirtschaft zu übernehmen, da sie nicht gewillt ist, ihr Leben unter so ungünstigen Bedingungen zu führen. Größere Erfolge werden sich daher erst im Laufe der nächsten Generation erzielen lassen.

### Die Flurbereinigung

In kürzerer Zeit werden dagegen die Aufgaben zu lösen sein, die der westdeutschen Agrarpolitik aus der anzutreffenden Bodenzersplitterung erwachsen. Von den 13,5 Mill. Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche des Bundesgebietes sind nicht weniger als etwa die Hälfte in kleine und kleinste Teilstücke zergliedert. Als Ergebnis einer langjährigen, durch Erbverhältnisse und Erbsitten in den Realteilungsgebieten beeinflussten Entwicklung hatten im Jahre 1949 von den insgesamt 2 Mill. Betrieben noch 2 vH über 50 Teilstücke; 11 vH waren in 20 bis 50 und 18 vH in 10 bis 20 Teilstücke zerspalten. Selbst Betriebe mit über 100 Teilstücken, die oft nur wenige Meter breit sind, weist die Statistik aus. Die mit dieser starken Zersplitterung verbundenen nachteiligen Begleiterscheinungen bringen naturgemäß erhebliche betriebswirtschaftliche Verluste mit sich. Durch die unvermeidlichen Grenzfurchen entstehen Flächenverluste bis zu 10 vH; die kleinen Parzellen erschweren die Anwendung arbeitssparender Maschinen oder machen sie unmöglich. Die Ertragsfähigkeit ist bis zu 20 vH herabgesetzt. Von besonderem Nachteil ist die durch den Leerlauf vom Hof zu den einzelnen Feldstücken bedingte unrentable Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft, wodurch eine Steigerung der Arbeitsproduktivität verhindert wird. Diesen Mißständen in einem Zeitraum von 10 bis 20 Jahren abzuwenden, ist das Ziel der westdeutschen Agrarpolitik. Das „Gesetz zur Flurbereinigung“ vom 14. Juli 1953 enthält vor allem Bestimmungen für vereinfachte Methoden, die eine Verbilligung und Beschleunigung der Flurbereinigung bezwecken und zunächst — sofern durchführbar — durch einfachen Parzellenaustausch möglichst unkompliziert eine Zusammenlegung und Arrondierung der Betriebe erreichen sollen. Die Verlegung der Wege- und Gewässernetze wird im normalen Verfahren langsamer nachgeholt. Es wird angestrebt, bei der Flurbereinigung auf eine Jahresleistung von 500 000 Hektar zu kommen. Zunächst ist die Kapazität der Kultur- und Flurbereinigungsämter jedoch noch begrenzt; mit dem jetzigen Personalbestand und den bereitgestellten Mitteln läßt sich z. Z. jährlich nur eine Fläche von etwa 200 000 Hektar bereinigen.

Die Kosten für sämtliche Maßnahmen, die auf eine Verbesserung der Agrarstruktur hinzielen, werden von Regierungsseite für die nächsten zehn Jahre mit 25 Mrd. DM veranschlagt. Von dieser Summe sollen etwa 17 Mrd. DM von der Landwirtschaft selbst aufgebracht werden, eine Be-

Die Flurbereinigung im Bundesgebiet

Jahr	Zahl der Verfahren	Fläche der zugeordneten neuen Grundstücke in 1000 ha	Zahl der alten Besitzstücke in 1000	Zahl der neuen Besitzstücke in 1000	Zusammenlegungsergebnis
1950	256	107,1	398,2	123,5	3,2 : 1
1951	339	131,5	448,1	140,5	3,2 : 1
1952	351	159,0	516,9	150,8	3,4 : 1
1953	405	160,2	502,5	142,6	3,5 : 1
1954	418	181,6	518,9	150,2	3,5 : 1

lastung, die man der Landwirtschaft zumuten zu können glaubt. Der Rest soll in Form von Darlehen und Krediten von der übrigen Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden in Erkenntnis der Tatsache, daß die Anpassung der Agrarstruktur an die veränderten Wirtschafts- und Sozialverhältnisse im Interesse der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Westdeutschlands liegt.

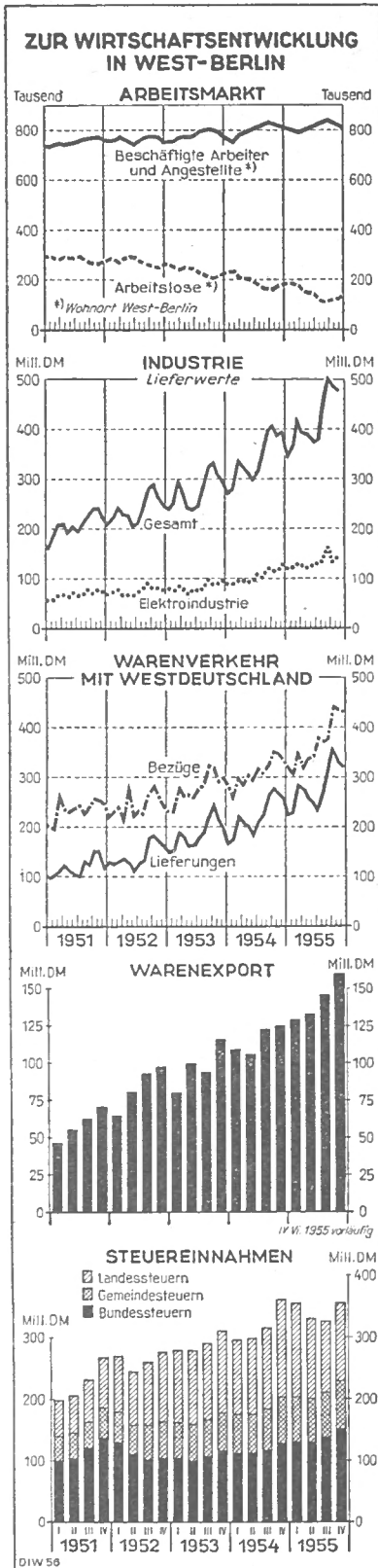
\* \* \*

Die zunehmenden Erfolge der schrittweise durchzuführenden Maßnahmen zur Umgestaltung der landwirtschaftlichen Betriebsstruktur lassen eine allmähliche Verbesserung der Produktivität der westdeutschen Landwirtschaft erwarten. Dann wird der Widersinn beseitigt werden, der darin liegt, daß einerseits in der Landwirtschaft menschliche Arbeitskräfte fehlen — ausländische Arbeiter werden bereits herangezogen —, während andererseits, wie oben festgestellt wurde, eine Überbesetzung der Landwirtschaft mit Arbeitskräften besteht, die als eine der Ursachen für die unzureichende Rentabilität anzusehen ist. Dieser scheinbare Widerspruch erklärt sich dadurch, daß Arbeitskräfte in den größeren Betrieben benötigt werden, aus den Klein- und Kleinstbetrieben aber erst freigesetzt werden können, nachdem eine Verbesserung der Betriebsstruktur erfolgt ist.

Bei einer rationelleren Bewirtschaftung der vergrößerten Betriebe wird gleichzeitig eine Entlastung dadurch eintreten, daß dann ein großer Teil der heute noch in der Landwirtschaft festgehaltenen Arbeitskräfte in andere Berufe abwandern kann. Vielfach werden diese Menschen in ihren Wohnungen verbleiben und ihren Lebensunterhalt dadurch verbilligen können, daß sie einen kleinen Teil ihrer bisherigen Flächen in Feierabendbeschäftigung weiterhin selbst bearbeiten.

Bei freier Wirtschaft wird bei der dargestellten Entwicklung der gewünschte Übergang des Bodens zum besten Wirt erfolgen, da bei der geringer werdenden Betriebszahl eine Auslese stattfinden kann, die den Tüchtigsten zum Leiter der vergrößerten Betriebe werden läßt. Die Folge wird eine Erhöhung der Erträge nicht nur je Flächeneinheit, sondern auch je Arbeitsstunde sein. Wenn es der Landwirtschaft gelingt, mit weniger Arbeitskräften höhere Leistungen zu erzielen, und wenn sie zu einer inneren Gesundung dadurch gelangt, daß aus viel zu vielen unwirtschaftlichen Kleinstbetrieben durch Aufstockung lebensfähige Mittelbetriebe entstehen, die den Anforderungen an moderne Wirtschaftsweise und rationelle Betriebsführung entsprechen, wird sie zusammen mit den bereits eingeleiteten Hilfsmaßnahmen in der Lage sein, höhere Löhne zu zahlen und sich wirtschaftlich der übrigen Volkswirtschaft stärker anzugleichen.

## Westberliner Wirtschaftslage Mitte Januar 1956



Der Eintritt der Westberliner Wirtschaft in das neue Jahr vollzog sich unter den Aspekten weiterhin starker — wenn auch sich geringfügig verlangsamer — konjunktureller Auftriebskräfte. Was sich zu Beginn des vierten Vierteljahres 1955 abzeichnete, hat nunmehr seine statistische Bestätigung gefunden: Das Schwergewicht der Expansion liegt nicht mehr allein bei der Produktionsmittelindustrie, wie im größeren Teil der abgelaufenen zwölf Monate, sondern hat sich auch etwas auf die Verbrauchsgüterindustrie verlagert. Während nämlich in den ersten neun Monaten des Jahres 1955 der Ausstoß von Produktionsgütern um 32 vH größer gewesen war als im entsprechenden Zeitraum des Jahres 1954, betrug das konjunkturelle Wachstum im vierten Vierteljahr in diesem Bereich „nur“ noch 28 vH. Gleichzeitig hat sich die Mehrproduktion von Verbrauchsgütern, die im Durchschnitt Januar/September 1955 14 vH betrug, im vierten Vierteljahr — gegenüber IV/54 — auf 17 vH erhöht, so daß insgesamt keine Abschwächung gegenüber dem Produktionsergebnis des dritten Vierteljahres eintrat.

Eine gewisse Beachtung verdient allerdings die Entwicklung der Auftragsengänge. Obwohl die Auftragsbestände — gemessen am Umsatz — seit September wieder zugenommen haben und im Durchschnitt eine Beschäftigung für mehr als vier Monate garantieren, ist doch seit einigen Monaten eine fühlbare Verlangsamung des Wachstums der privaten Auftragsvergabe an die Berliner Industrie zu beobachten, die nur durch stärker fließende öffentliche Aufträge im letzten Vierteljahr etwas kompensiert wurde. So wuchsen die gesamten Auftragsengänge im Durchschnitt des zweiten bis vierten Quartals 1955 nur noch um knapp 20 vH gegen 27 vH im Jahr zuvor. Die industrielle Expansionsrate wird sich daher in Zukunft voraussichtlich etwas verlangsamen. Um so größere Bedeutung kommt den öffentlichen Aufträgen zu. Ihr Gewicht für die gesamte Berliner Industrie ist an sich schon nicht unwesentlich, da sich diese Aufträge aber auf wenige Zweige (vor allem die Elektroindustrie) konzentrieren, bilden sie für diese eine besonders starke Stütze. Eine aus konjunkturellen und fiskalischen Erwägungen etwa erzwungene generelle Einschränkung der öffentlichen Ausrüstungsinvestition im Bundesgebiet würde sich auf die Auftragsvergabe an die Westberliner Wirtschaft auswirken und das Wachstum — bei schon verlangsamttem privatem Auftragseingang — empfindlich stören. In diesem Zusammenhang muß auch die bereits offiziell in Aussicht gestellte Reduzierung der Aufträge der Bundespost an die Westberliner Fernmeldeindustrie gesehen werden, die bereits jetzt zu vorsorglichen Kündigungen und zur Unsicherheit in den Dispositionen der betroffenen Unternehmungen geführt hat. Derartig starke Schwankungen in der öffentlichen Auftragserteilung bilden ein starkes Hemmnis bei den Bemühungen Berlins um den Anschluß an die westdeutsche Vollbeschäftigung.

Im Durchschnitt des Jahres 1955 waren in West-Berlin noch 145 000 Personen arbeitslos. Immerhin war die Arbeitslosigkeit damit — wie auch in den vorherigen Jahren — in Jahresfrist um mehr als 40 000 Personen zurückgegangen. Andererseits sollte für die Zukunft nicht übersehen werden, daß mit der Abnahme der Arbeitslosigkeit die schwer- und nichtvermittelbaren Arbeitslosen ein größeres Gewicht erhalten; in Zukunft wird sich daher die Reduzierung der Arbeitslosigkeit in West-Berlin auch bei günstigster Wirtschaftsentwicklung kaum schneller vollziehen können als bisher. Um so wichtiger werden strukturelle Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Hierfür kommen vor allem die Einarbeitungsbeihilfen in Frage, mit denen im Rahmen des Notstandsprogramms jetzt ein Anfang gemacht wird.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6, und Bonn, Burgstraße 160.  
Präsident: Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Ferdinand Grünig, Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Rolf Krenzel, Dr. Hans Liebe, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wissler.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2.  
Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany.  
Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—

Weltwirtschaft Kiel

20. FEB. 1957

Gegenstand	Gebiet*)	Einheit†)	1954			1955												
			Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
Anzahl der Werktage:			27	25	26	25	24	27	24	24	25	26	27	26	27	25	26	
<b>Zentralbank</b>																		
Waren-u. Dienstleistungs-Verkehr	W-B	Mill. DM	E															
Abflüsse	"	"	"	470,7	478,3	581,5	502,0	448,3	469,5	537,2	454,1	498,2	524,0	523,0	499,9	525,6	512,8	
Zuflüsse	"	"	"	382,7	413,5	461,6	424,3	356,0	404,9	419,5	365,6	428,2	411,5	450,8	461,1	378,4	414,6	
ECA- und GARIOA-Mittel	"	"	"	14,0	18,2	30,0	40,7	—	—	—	20,7	5,0	9,0	10,0	—	20,0	45,0	
Guthaben bei BDL	"	"	"	81,4	121,5	107,0	140,7	114,9	298,4	171,2	94,7	71,0	75,0	82,0	6,0	5,2	11,8	
Wechselkurse <sup>1)</sup>	W-B	DM - Ost	D	4,52	4,60	4,63	4,63	4,71	4,80	4,94	4,99	4,96	4,81	4,85	4,69	4,64	4,63	4,50
<b>Finanzen</b>																		
Einnahmen aus Steuern	W-B	Mill. DM	S	100,5	130,4	129,7	113,5	116,5	125,0	90,9	122,8	117,7	96,7	112,6	117,2	95,5	128,1	132,5
davon Umsatzsteuer	"	"	"	27,9	27,8	26,7	35,4	25,8	23,9	27,9	27,5	26,7	29,4	28,3	29,2	33,2	30,2	31,6
Bundesmittel <sup>2)</sup>	"	"	"	87,7	127,2	118,5	84,5	137,2	256,8	135,9	124,8	108,8	167,5	114,4	23,6	104,6	124,2	
Sparkasse, Sparmöglichkeiten	W-B	Mill. DM	E	184,7	191,2	209,0	217,3	222,9	228,9	234,1	238,3	243,1	269,2	278,9	283,6	289,1	293,5	
<b>Lebenshaltungskosten-Index<sup>3)</sup></b>																		
Gesamtlebenshaltung	W-B	1938=100	"	157,7	157,9	157,7	158,0	156,7	156,3	156,2	155,7	156,6	158,9	159,5	159,9	160,3	161,0	161,5
davon Ernährung	"	"	"	180,9	181,2	180,4	180,7	177,5	176,6	176,2	174,8	176,7	182,4	183,6	184,5	185,5	187,1	188,0
Hausrat	"	"	"	172,2	172,7	173,5	174,1	174,0	173,9	174,0	174,0	173,8	173,9	175,2	175,3	175,6	175,7	175,7
Bekleidung	"	"	"	171,8	171,9	172,4	172,0	171,5	171,5	171,1	171,4	171,4	171,1	171,7	171,5	171,1	171,2	172,7
Gesamtlebenshaltung	"	1950=100	"	106,6	106,7	106,6	106,7	105,8	105,6	105,5	105,2	105,8	107,4	107,8	108,1	108,3	108,8	109,2
davon Ernährung	"	"	"	112,4	112,6	112,1	112,3	110,3	109,7	109,5	109,7	109,9	111,4	114,1	114,7	115,3	116,3	116,8
Hausrat	"	"	"	103,5	103,7	104,2	104,6	104,5	104,5	104,5	104,5	104,5	104,4	104,5	105,3	105,3	105,5	105,5
Bekleidung	"	"	"	100,3	100,3	100,6	100,4	100,1	100,1	100,0	100,1	100,1	99,9	100,2	100,1	99,9	99,9	100,8
<b>Verkehr</b>																		
Gütereingang, insgesamt	W-B	1000 t	S	568,5	553,2	528,4	408,0	451,3	586,5	539,1	582,7	566,3	605,5	577,1	572,3	644,6	611,5	
Eisenbahn	"	"	"	211,4	184,4	180,3	192,0	216,0	257,5	220,6	184,6	183,4	190,2	174,4	187,7	234,0	210,3	
Straße	"	"	"	223,4	209,3	209,5	190,0	183,0	210,5	184,8	209,2	210,1	227,5	236,1	238,7	242,6	231,0	
Binnenschifffahrt	"	"	"	133,7	159,5	138,6	26,0	52,3	118,5	133,7	188,9	172,8	187,8	166,6	145,9	168,0	170,2	
Güterausgang, insgesamt	"	"	"	101,5	89,3	91,1	68,6	73,3	88,6	81,7	89,5	90,0	98,4	99,9	107,7	96,4		
Eisenbahn	"	"	"	19,6	16,1	17,3	12,6	14,4	16,6	14,0	15,6	18,0	21,0	17,5	19,2	21,2	19,7	
Straße	"	"	"	53,7	51,5	53,4	49,8	48,5	58,6	52,2	57,8	60,9	59,5	60,7	65,9	69,7	61,5	
Binnenschifffahrt	"	"	"	25,0	18,4	17,7	3,5	7,9	10,8	13,2	13,4	16,4	17,0	17,6	11,9	14,2	12,7	
Luftfracht	"	"	"	3,2	3,3	2,7	2,7	2,5	2,6	2,3	2,7	2,6	2,5	2,6	2,9	2,6	2,5	
<b>West-Warenverkehr</b>																		
Bezüge aus Westdeutschland	W-B	Mill. DM	S	350,7	347,8	538,0	313,7	301,2	350,0	315,1	338,6	342,3	380,1	373,6	377,9	445,4	435,5	433,3
Lieferungen nach West-Dtschld. ausgeführt <sup>4)</sup>	"	"	"	190,0	179,3	185,5	169,3	170,6	193,6	179,3	188,4	193,9	191,2	193,7	225,1	250,0	230,0	240,0
Wert d. Ursprungsbescheinigg. <sup>5)</sup>	"	"	"	280,8	267,8	254,7	222,4	228,2	284,7	274,8	256,7	248,5	229,6	266,2	325,9	360,6	330,2	321,6
<b>Außenhandel</b>																		
Export	W-B	1000 \$	S	9649	9496	10427	8704	10297	11660	10875	11085	9643	10604	11309	12917	12415	12398	
"	"	1000 DM	"	40529	39884	43793	36558	43247	48972	45676	46555	40502	44537	47499	54250	52141	52073	
<b>Industrieproduktion</b>																		
Gesamtindexwert	W-B	Mill. DM	S	407,9	388,4	394,3	343,5	369,4	423,2	396,3	387,5	373,6	377,9	440,1	505,1	485,7	473,5	
Gesamtindex o. Energie <sup>6)</sup>	"	1936=100	"	84	85	82	76	83	84	94	93	90	87	93	106	104	102	
" o. Bau u. Energie <sup>7)</sup>	"	"	"	87	88	86	83	91	92	100	97	93	90	97	111	109	107	102
dav. Produktionsmittelind.	"	"	"	71	78	83	79	84	81	89	87	89	86	86	100	95	96	100
dar. Steine u. Erden	"	"	"	152	128	102	99	105	109	163	100	199	197	182	180	174	157	126
Metallurgie	"	"	"	61	57	55	61	71	66	70	68	74	79	81	96	99	112	105
Stahl- u. Eisenbau	"	"	"	85	89	91	88	91	87	86	84	91	106	117	123	127	153	171
Maschinen u. Fahrzeugb.	"	"	"	58	66	67	56	60	67	69	71	75	65	66	81	80	77	86
Elektrotechnik	"	"	"	88	98	109	107	114	104	117	111	111	109	109	128	119	118	123
Feinmechanik u. Optik	"	"	"	60	70	65	62	66	64	63	70	67	60	58	66	58	59	55
Eisen-, Blech-, Metallw.	"	"	"	48	53	49	52	51	53	55	56	59	55	52	54	57	60	56
Verbrauchsgüterind.	"	"	"	117	109	94	91	103	114	122	118	101	98	120	132	138	130	106
dar. Chemie	"	"	"	129	138	131	133	138	135	139	148	146	136	149	156	162	173	154
Holzverarbeitung	"	"	"	80	88	87	71	73	73	78	84	79	69	78	93	91	88	87
Papier u. Druck	"	"	"	57	63	69	56	57	56	66	66	61	55	61	64	69	74	72
Bekleidung	"	"	"	236	173	95	131	164	219	223	193	133	144	223	262	271	208	110
Nahrungs- u. Genussm.	"	"	"	116	126	131	109	120	121	126	132	132	129	130	137	141	154	150
Auftragsingang	"	1952=100	"	147	174	199	188	165	196	171	165	208	162	165	173	176	202	
Stromerzeugung (Städt. Werke)	"	Mill. kWh	S	120,7	129,4	145,3	140,5	125,7	132,9	119,4	119,9	114,4	112,7	121,5	129,6	147,3	154,3	170,3
Gaserzeugung	"	Mill. cbm	"	29,3	29,7	32,1	32,8	30,1	32,8	30,0	29,6	26,9	25,8	27,9	28,6	31,3	31,9	34,7
<b>Baugewerbe<sup>8)</sup></b>																		
Erwerbstätige	W-B	Anzahl	E	52741	49159	45780	33731	28979	37128	49386	53622	55214	56046	56829	55107	55095	52897	
dar. Arbeiter	"	"	"	47591	44005	40645	28647	23940	32097	44309	48470	49998	50819	51511	49865	49850	47699	
Tagewerke, insgesamt	"	1000	S	1141	1062	976	608	512	566	956	1135	1180	1217	1246	1197	1191	1137	
davon Wohnungsbau	"	"	"	511	460	396	243	203	225	373	475	507	541	566	532	537	523	
Index der Bauproduktion <sup>9)</sup>																		
einschl. Entrümmung	"	1936=100	"	65	62	54	33	29	28	56	69	70	71	70	70	70	68	
ausschl.	"	"	"	63	60	50	30	26	26	51	63	65	66	66	66	67	66	
Umsatz in DM West	"	1000 DM-W	"	48270	46307	47630	29710	24129	23357	28242	38961	47768	53628	56554	55913	55411	51362	

